

SVP-Klartext

DIE ZEITUNG DES MITTELSTANDES



Armut wegen Rot-Grün

SVP-Fraktionspräsident Caspar Baader über die Folgen rot-grüner Politik.

Seite 5



Kompromiss im Kleinstaat

Die Konkordanz als Grundlage der schweizerischen Demokratie.

Seite 4



NEIN zur Einheitskasse

Nationalrat Toni Bortoluzzi will keine Zweiklassenmedizin.

Seite 11

AZB Zofingen – Preis Fr. 35.– jährlich – erscheint monatlich – Auflage 55 000 Expl. – www.svp.ch – klartext@svp.ch – Ausgabe Nr. 1/2007

Rot-Grün macht unsere Schweiz kaputt

Nationalrat Ueli Maurer, Parteipräsident SVP

Seite 3

Stopt Rot-Grün

Seite 5–9

Mein Zuhause – unsere Schweiz

Die Wahlplattform der SVP

Seite 9

Islamische Machtsymbole

Patrick Freudiger

Seite 12

Minarett-Moratorium

Interview mit Pfarrer Erich Huber

Seite 13

Tiefere Steuern dank Wettbewerb

Nationalrat Bruno Zuppiger

Seite 15

Reklame

**Benzin sparen
+
Geld verdienen**



www.bmb.li
bmb@bmb.li
079 432 33 73

Zuhause in allen Medien



zprint ZOFINGER TAGBLATT
zonline WIGGERTALER

Zofinger Tagblatt AG, Henzmannstrasse 20
4800 Zofingen, Telefon 062 745 93 93

Rot-Grün zerstört die Schweiz

Seit 1990 haben die Linken unser Land und unsere Gesellschaft schrittweise kaputt gemacht. Immer mehr Steuern, Abgaben und Schulden sowie mehr Zuwanderung, Missbrauch, Kriminalität und Gewalt drängen die Schweiz ins Mittelmass. Das fördert die Armut und die Missgunst im Land. Jetzt hat das Volk genug! Gegen die Zerstörer von Rot-Grün führt die SVP den Kampf im Wahljahr 2007 und darüber hinaus.

Weiter Seite 5



Rot-grünes Demokratieverständnis: Linksextreme versuchen die Delegiertenversammlung der SVP in La Chaux-de-Fonds zu stören. Das gelingt nicht. Jedoch zerstören sie Fahrzeuge und Einrichtungen.



STIFTUNG
FÜR BÜRGERLICHE
POLITIK

Ihre langfristige Investition für eine bürgerliche Politik

Zur finanziellen Unterstützung ihres Einsatzes für eine neutrale, unabhängige Schweiz, für eine geradlinige Ordnungspolitik und für einen gesunden Staatshaushalt hat die SVP die «Stiftung für bürgerliche Politik» ins Leben gerufen. Die Stiftung bezweckt, die Partei mit den Anlagerträgen des Stiftungsvermögens in der politischen Grundlagenarbeit und Meinungsbildung auf Bundesebene finanziell zu unterstützen. Mit Ihrer Spende oder Ihrem Legat können Sie auch über Ihr eigenes Leben hinaus die SVP und deren bürgerliche Politik unterstützen.

Auskünfte zur Stiftung wie auch über die Errichtung eines Legates bzw. Vermächtnisses erteilt Ihnen gerne der Stiftungsratspräsident, Nationalrat Hans Kaufmann, Niederweg 18a, 8907 Wettswil, oder Gregor A. Rutz, Generalsekretär SVP, Brückfeldstrasse 18, Postfach 8252, 3001 Bern (Tel. 031 300 58 58).

Impressum **SVP-Klartext** Die Zeitung des Mittelstandes

Herausgeberin: Stiftung SVP-Parteizeitung

Erscheinungsweise: 12x/Jahr

Chefredaktor: Roman S. Jäggi

Inserate: Roman S. Jäggi

Adresse:

Generalsekretariat SVP
Postfach 8252, 3001 Bern
Telefon 031 300 58 58, Fax 031 300 58 59,
E-Mail: klartext@svp.ch

Jahresabonnement:

Für Nicht-Parteimitglieder Fr. 35.–
(Parteimitglieder erhalten SVP-Klartext gratis)

Bankverbindung:

Stiftung SVP-Parteizeitung, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

Druck:

ztprint / Zofinger Tagblatt AG, Henzmannstrasse 20, 4800 Zofingen,
Telefon 062 745 93 93, Fax 062 745 93 49

Adressänderungen:

Per E-Mail an zollinger@svp.ch oder per Post an Zofinger Tagblatt AG
(Adresse s. «Druck»)



ATV und Quad

Diverse Attraktive Modelle
in allen Preislagen

Fahrbar mit PW-Ausweis!
Mit Leasing oder Finanzierung

Vom Spezialisten!
www.garagelang.com
061 981 42 58
4497 Rünenberg BL

Tire Bag Reifentaschen

Kein Rumschleppen, keine schmutzige Hände - zumindest nicht für diejenigen, die ihre Räder in farbige Polyester-Taschen stecken. Zum praktischen und sauberen Aufbewahren der Räder. Die Taschen bestehen aus Polyester, Farbe schwarz/anthrazit. Jede Tasche ist mit einer Tragschleife versehen. Verwendbar für alle Reifentypen von 13"-165 mm bis 17"-225 mm.

4 er Set: CHF 27.90 inkl. MWST.

SVP-Leserangebot: CHF 23.90 exkl. Versand



Jetzt bestellen bei Versand-news.ch, Effretikon

Telefon 043 444 95 94 (auf Band sprechen), Fax 043 444 95 94, E-Mail: info@sun-garden.ch

www.versand-news.ch

Bei allen Internet-Bestellungen mit Vermerk SVP erhalten Sie den abgenannten Spezialpreis und auf alle anderen Internetangebote 15% SVP-Rabatt!

SVP-Diskussionsforum im Internet

Das Diskussionsforum der SVP wird täglich von Tausenden besucht. Diskutieren auch Sie in einem der grössten Diskussionsforen zu politischen Themen der Schweiz. Sie können unregistriert teilnehmen oder sich bei der SVP-Community registrieren. Als Mitglied der SVP-Online-Community bekommen Sie Zugriff zum SVP-Chat und können sich dort mit anderen

Mitgliedern zum Chatten verabreden. Im Wahljahr organisieren wir sogenannte Promi-Chats mit bekannten SVP-Politikern.

Gehen Sie also ins Diskussionsforum der SVP auf www.svp.ch und registrieren Sie sich noch heute. Es lohnt sich.

Nationalrat Ueli Maurer, Parteipräsident SVP

Rot-Grün macht unsere Schweiz kaputt



Die Neunziger waren Jahre der Verschwendung von Steuergeldern und der galoppierenden Verschuldung. Obwohl die Steuerzahler von 1990 bis 2005 mehr als zwanzig Milliarden mehr Steuern und Abgaben bezahlten, verdreifachten sich die Schulden im gleichen Zeitraum von 38,5 auf 130,6 Milliarden Franken (Bund). Diese Neunzigerjahre, mit ihrer ruinösen finanziellen Bilanz, waren das Jahrzehnt der Linken und ihrer willigen Mitläufer. Man reihte so genannte Reformen aneinander, immer näher zum endgültigen Abgrund. Jetzt, wo die erstarkte SVP dem zügellosen Treiben da und dort Einhalt gebieten kann, wirft man uns vor, wir würden den Fortschritt verhindern. Bitte, wenn man mit Fortschritt den definitiven Absturz und Ruin meint, verhindern wir das gerne. Wir müssen uns heute höchstens den Vorwurf machen, nicht noch früher, noch mehr und noch lauter Nein gesagt zu haben.

Die Neunzigerjahre waren auch Jahre des Missbrauchs. Rot/Grün hat dies nicht nur geduldet, sondern sogar noch gefördert. Denken wir an den Missbrauch unseres traditionellen Asylrechtes, an die Invalidenversicherung, den ganzen linken Sozialfilz und die zunehmende Kriminalität. Alles wurde schöneredet, ja geleugnet oder als Ausnahme und Einzelfälle bezeichnet. Wir, die den Finger seit Jahren auf diese wunden Punkte legten, wurden als Ewiggestrige, Kleinkarierte und Verhinderer verschrien. Kriminelle wurden von Staates wegen verhätschelt. Nach jahrelangen Therapieexperimenten wurden gemeingefährliche Täter in die Freiheit entlassen. Die Linke liess keine Täter mehr zu. Täter wurden zu «Opfern der Gesellschaft». Strafen wirken nicht mehr abschreckend. Unter Federführung der Sozis und Grünen hat man in den Neunzigerjahre begonnen zu moralisieren statt Klartext zu reden. Um alle Probleme,

die Frau und Herrn Schweizer beschäftigten, wurden Tabuzonen errichtet. Über Asylrechtsmissbrauch, Scheininvaliden, unkontrollierte Zuwanderung, Ausländerkriminalität, Sozialprofiteure usw. durfte man nicht sprechen, ohne von Rot-Grün mit moralisierenden Belehrungen eingedeckt zu werden. Wer Klartext redete wie die SVP, wurde an den Pranger gestellt.

Die Schweiz hat unter dem rot-grünen Jahrzehnt gelitten. Es ist offensichtlich: Rot-Grün macht die Schweiz kaputt. Jetzt, im Jahr der eidgenössischen Wahlen, braucht es die SVP erst recht. Eine SVP, die dort Grenzen setzt, wo alles verwischt wurde. Eine SVP, die für Ordnung sorgt, wo Laisser-faire herrscht. Eine SVP, die aufräumt. Aufräumt für eine Schweiz, in der sich alle wohl fühlen. Eine demokratische Schweiz, in der die Bürger und Bewohner für Sicherheit und Wohlstand sorgen.

Ihr Ueli Maurer

Freiwilliger Abonnementsbeitrag

Eine informative, aktuelle und lebendige Parteizeitung ist die Grundlage, um alle Mitglieder und Sympathisanten der SVP auf dem Laufenden zu halten. Die SVP redet Klartext. Die **Parteizeitung «SVP-Klartext»** macht das auch. Die Produktion und der Vertrieb von «SVP-Klartext» sind mit Kosten verbunden, welche gedeckt werden müssen. Aus diesem Grund erlauben wir uns, Ihnen mit dieser Ausgabe einen Einzahlungsschein zu überreichen. Sie haben so die Möglichkeit, einen freiwilligen Abonnementsbeitrag oder eine Spende zu überweisen. Damit leisten Sie einen wichtigen Beitrag für die Zukunft der Parteizeitung «SVP-Klartext».

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Sollte der Einzahlungsschein in dieser Zeitung fehlen, verwenden Sie bitte folgende Bankverbindung:

Bank:
UBS AG, 8098 Zürich
Postkonto:
80-2-2
Zu Gunsten Konto:
CH67 0023 5235 8557 0004 M
Begünstigter:
Schweiz. Volkspartei, 3001 Bern

(Zahlungszweck:
Parteizeitung SVP-Klartext)

Linksextreme Gewalt nimmt zu

Am 30. Dezember 2006 kam es in Grenchen (SO) zu einer unbewilligten Demonstration von teilweise vermummten Linksextremen. Gemäss Polizeiangaben beschädigten die Linksextremen auf ihrem «Feldzug» durch die Stadt Grenchen Banken, Geschäftshäuser, Kinos und öffentliche Einrichtungen. Grenchen sah aus wie im Krieg. Nach nur 30 Minuten war der Spuk vorbei. Die Hälfte der Linksextremen soll sich, nach Polizeiangaben, mit dem Zug Richtung links regierter Stadt Biel aus dem Staub gemacht haben. Die andere Hälfte blieb in der ebenfalls links regierten Stadt Grenchen. Hier fühlen sich Linksextreme offenbar wohl und sie

werden anscheinend geduldet. Sind linke Städte Brutstätten für linksextreme Gewalt?

Nach der unbewilligten Demo in Grenchen will die SVP des Kantons Solothurn mit einem Vorstoss vom Regierungsrat wissen, wie viele Vermummte und Sachbeschädiger angehalten oder verhaftet wurden. Denn die Polizei war nach eigenen Angaben rasch «mit einem grösseren Kontingent» zur Stelle. Im Kanton Solothurn herrscht übrigens, dank der SVP, seit kurzem ein Vermummungsverbot.

Bundesrat Samuel Schmid

Kompromiss im Kleinstaat



Wir kennen uns. Einer der vielen Vorteile des Kleinstaates ist, dass wir kaum mit einem uns vorher völlig unbekanntem Landsmann zusammentreffen können, ohne nicht in-nerst längstens einer halben Stunde einen gemeinsamen Bekannten herauszufinden. Das gilt, jedenfalls heute, für Männer und Frauen; die Tage, in denen Frauen selten aus den Dörfern kamen und kaum je über den nächsten Marktflecken hinaus, sind seit Jahrzehnten vorbei. Wer sich kennt, weiss, worauf er sich verlassen kann, auf wen er bei welchem Geschäft zählen kann, er weiss aber auch, dass das Land zu klein ist, um persönliche Feindschaften auszuhalten. Gerade darin liegt das Geheimnis von Gottfried Kellers Ideal der «Freundschaft in der Freiheit». Wer sich in Worten und Taten nicht so zurückhält, dass das Gegenüber noch in Ehren ein wenig Platz findet, schadet sich selber und dem Ganzen.

Der erste Bundesrat, der als Kandidat noch einmal antrat, aber nicht wieder gewählt wurde, war Ulrich

Ochsenbein. Ein Seeländer Pionier, einer der Väter der demokratischen Berner Verfassung von 1846, einer der Schöpfer des modernen Bundesstaates von 1848, dem wir alle bis heute viel verdanken: das war er. Zugleich aber hatte seine Rolle als Freischarenführer bestehende Gegensätze eher noch verschärft und danach war es ihm nicht gelungen, zu jener Haltung zurückzufinden, die angezeigt ist, wenn es nicht mehr darum geht, einen Krieg zu gewinnen, sondern gemeinsam die Zukunft eines kleinen Landes zu gestalten, unserer Heimat. Nun, seit den Tagen Ochsenbeins sind mehr als anderthalb Jahrhunderte vergangen. Aber die Lehren aus der Sturm-und-Drang-Periode der modernen Schweiz sind zeitlos: So richtig es ist, unterschiedliche Auffassungen mit voller Klarheit in die Diskussion einzubringen, so richtig es ist, Standpunkte kraftvoll und selbst feurig zu vertreten, so richtig ist es auch, zu erkennen, dass für das Gesamtwohl des Landes «alles oder nichts» keine hilfreiche Haltung ist.

Es mag sein – der Fall wäre allerdings noch zu belegen – dass einmal das Richtige nur in einem Lager, das Falsche ganz bei der anderen Partei zu Hause ist. Doch selbst wenn dies ausnahmsweise tatsächlich so wäre, so darf man sich füglich fragen, ob nicht die Fähigkeit, unter gegenseitiger Achtung gemeinsam weiterzuarbeiten, so viel Wert hat, dass selbst in einem derartigen theoretischen Extremfall ein gewisser Kompromiss angezeigt erscheint. Als Kampfplatz für ein Zweiparteiensystem mit gegenseitiger Zerfleischung der Beteiligten und Befriedigung voyeuristischer Lust der Zuschauer ist uns unser Vaterland, davon bin ich überzeugt, zu lieb. Wenn das aber so ist, gilt es auch, der Einsicht Raum zu geben, dass das Glück der Heimat ohne gegenseitige Rücksichtnahme nicht zu haben ist, dass wir das Beste stets anstreben, für das Optimale immer wirken, zugleich aber auch mit dem Möglichen leben sollen und dieses Mögliche ist in aller Regel der Kompromiss im Kleinstaat.

Ihr Bundesrat Samuel Schmid

Bruchsch Liecht?



DE NOSI HÄT'S!

20 Jahre

NOSERLIGHT

CH-8909 Zwillikon

Telefon 044 701 81 81, Fax 044 761 86 12
info@noselight.ch, www.noselight.ch

Nationalrat Caspar Baader (BL), Fraktionspräsident der SVP

Armut als Folge rot-grüner Politik

Die verheerendsten Jahre für die Schweiz der Nachkriegszeit waren die Neunzigerjahre. Obwohl die SP weder im Bundesrat noch im Parlament eine Mehrheit besass, gelang es ihr mit Hilfe der Mitte-Parteien, ihre sozialistischen Ziele zu verwirklichen. Wo immer sich Probleme zeigten, hat man sie mit Geld zugedeckt. Betrogen die Schulden des Bundes 1990 noch 38,5 Milliarden, waren es im Jahr 2000 schon 108,1 Milliarden Franken. Das schlimmste rot-grüne Vermächtnis aus dieser Zeit ist der durch falsche Anreize herbeigeführte Mentalitätswandel der Gesellschaft.

Die Gesellschaft geht kaputt

Es gehört heute zum guten Ton, ein bisschen IV zu beziehen, nach der Lehre eine Zeitlang von der Arbeitslosenkasse zu leben, die Krankenkassenprämien mit Arztbesuchen um jeden Preis zu kompensieren und statt als Student nebenbei einem Erwerb nachzugehen, Stipendien zu beanspruchen. Die anderen machen es auch alle, warum sollte ich es nicht auch tun? Scheibchenweise wurde die Abhängigkeit vom Staat anstatt Eigenverantwortung gefördert. Arbeitstätige Mütter werden mit einer Mutterschaftsversicherung honoriert – diejenigen ohne Lohnausweis gehen leer aus. Angestellte mit Familien und Kindern bekommen Kinderzulagen – Selbständigerwerbende mit Kindern nicht. Kinderkrippen und Tagesstrukturen



sollen wie früher in den Ostblockländern staatlich finanziert werden – zuhause erziehende Mütter gehen leer aus. Das Rauchen wird verboten – das Kiffen legalisiert.

Dazu gehört auch der Niedergang der Familie und des Bildungswesens

dank Gutmenschen und 68er-Linien. Schulnoten wurden durch «Gespräche mit den Eltern» ersetzt. Begabte Schüler wurden kaum mehr gefördert, weil die 80 Prozent Ausländer in der Klasse die volle Aufmerksamkeit der Lehrer benötigten. Schulabgänger sind teilweise kaum mehr in der Lage, einen Satz fehlerfrei zu schreiben. Dafür können 16-jährige Männer «textil» basteln. Kaum mehr 15 Prozent der angehenden Lehrerschaft sind heute männlichen Geschlechts. Die künftige Generation wächst ohne Männer heran – zuhause wird sie von alleinerziehenden Müttern, Kinderkrippenleiterinnen und in der Schule von Lehrerinnen erzogen. Die Väter haben nur noch Besuchsrecht. Der Familie droht mutwillig die Zerstörung. Die Devise lautet: Beseitigung der letzten Bande durch freie Namenswahl und Individualbesteuerung!

Die Armut wächst

Die Bilanz der rot-grünen Politik sieht düster aus: Zwischen 1990 und 2000 wurden trotz dauernder Steuererhöhungen und Einführung der LSVA allein die Gebühren um 80 Prozent auf etwa 20 Milliarden Franken pro Jahr gesteigert. 1990 bezogen noch rund 160 000 Personen eine Invalidenrente, 2003 waren es über 280 000. Die Ausgaben der Invalidenversicherung betragen 1990 noch vier Milliarden; heute sind es zwölf Milliarden Franken pro Jahr. Der Anteil der Erwerbstätigen unter den Zuwanderern sank von 54 auf gut 30 Prozent. Der Anteil der Ausländer an den Arbeitslosen, an den Fürsorge- und IV-Empfängern, im Strafvollzug oder an den Ausgaben im Bildungs- und Gesundheitswesen ist überproportional gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil. Unternehmen werden, beispielsweise mit dem Verbandsbeschwerderecht, buchstäblich daran gehindert, zu expandieren und Stellen zu schaffen. Die Ausbildung von Lehrlingen wurde derart verkompliziert, dass es heute kaum mehr Anreize gibt, Lehrstellen anzubieten. Nach sozialistischer Manier soll der Staat einspringen und die Lehrstellen finanzieren. Die links-ideologische Blockadepolitik gegen die Nutzung der Atomenergie führt in absehbarer Zeit zu Energieverknappung und Stellenabbau in der Wirtschaft. Dass eine solche politische Leistung einem Land und seiner Bevölkerung Armut statt Reichtum bringt, ist logisch.

Rückbesinnung auf schweizerische Werte

Auf dem Üetliberg nahm Bundesrat Christoph Blocher eine Standortbestimmung vor. Darin stellte er fest, dass 2004 in der Schweizer Politik eine Rückbesinnung auf erfolgreiche und bewährte schweizerische Werte eingesetzt hat.

Der Aufstieg der SVP zur wählerstärksten Partei ist eng mit der illusorischen Politik zwischen 1989 und 2003 verknüpft. In dieser Phase wurde die Politik von der unrealistischen Idee des ewigen Friedens, der Faszination internationaler Zusammenschlüsse wie EWR, EU und Nato und der Verachtung für gesellschaftliche Werte wie Freiheit, Selbstbestimmung, Tüchtigkeit und Verantwortung fehlgeleitet. Das Volk steuerte dieser Fehlentwicklung entgegen und machte die SVP von der kleinsten zur grössten Bundesratspartei.

Seit 2004 wird die Bundespolitik von neuen Prioritäten bestimmt: Kostensenkung, offene Diskussion über reale Probleme, keine Tabus gegenüber Missbräuchen wie beispielsweise im Asylwesen oder in der IV. Erste Erfolge sind sichtbar: Die Staatsquote wurde stabilisiert; der EU-Beitritt ist kein strategisches Ziel des Bundesrates mehr; der Realitätssinn der Politik hat zugenommen; Probleme werden diskutiert und teilweise direkt angegangen; die Konfliktfähigkeit wurde verbessert. Und vor allem findet in Gesellschaft und Politik eine Wiederbelebung der bewährten schweizerischen Grundwerte Neutralität, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung statt. Den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern stellt sich im Wahljahr 2007 die Frage, ob sie die seit 2004 erfolgte Wiederbelebung der erfolgreichen schweizerischen Werte gutheissen oder zur realitätsfremden Politik der Neunzigerjahre zurückkehren möchten.

Rot-grüne Kapitalfehler

Ein Problem, unter dem das Schweizer Volk seit zehn Jahren leidet, ist das linke Krankenversicherungsgesetz (KVG). Anstatt dass die Krankenkassenprämien gesunken wären, wie es die damalige Bundesrätin Dreifuss immer wieder versichert hat, sind sie explodiert, wie es die SVP vorausgesagt hat. Exemplarisch ist auch, was Rot-Grün aus der Neat-Idee gemacht hat. Bundesrat Leuenberger hat es geschafft, die Neat derart aufzublähen und zu verzetteln, dass heute weder die Fertigung noch der Betrieb überhaupt noch finanzierbar sind.

Niedergang zeigt sich in rot-grünen Städten

Die schrittweise Zerstörung der Schweiz und ihrer Gesellschaft wird in immer mehr Städten der Schweiz sichtbar, in denen Rot/Grün in den letzten Jahren an die Macht gekommen ist. Einige Beispiele dafür zeigen wir Ihnen in dieser Zeitung.

SVP als Garant für Kurswechsel

Dass nur noch eine konsequent bürgerliche Politik die Schweiz aus dem

Formtief holen kann, hat die SVP bewiesen. Ausgehend vom negativen EWR-Entscheid hat sie die Europapolitik geprägt. Der bilaterale Weg – einst verlacht – ist heute Maxime. Dank der SVP werden die Missbräuche im Ausländer- und Asylbereich eingedämmt, werden der schrankenlosen Einbürgerung Grenzen gesetzt, ist die schamlos ausgenutzte IV auf dem Weg zur Sanierung und zeigen sich bei den Finanzen erste Silberstreifen am Horizont. Langjährige Tabus, wie die Ausländerkriminalität, die Scheininvalidität, die fortschreitende Islamisierung der Schweiz oder die unselbige Beschränkung der freien Meinungsäusserung durch den Antirassismus-Artikel usw. dürfen wieder diskutiert werden. Unternehmen und Gewerbetreibende erhalten mehr unternehmerische Freiheit. Richtig spürbar ist die Besserung seit den letzten Wahlen im Jahr 2003. Die SVP wird den eingeschlagenen Kurs einer nachhaltigen Sanierung der Schweiz auch im Wahljahr weiterführen. Die SVP setzt Grenzen, wo sie nötig sind, sorgt für Ordnung, wo geschwiegen wird, und räumt auf, wo es erforderlich ist. Die SVP will verhindern, dass Rot-Grün die Schweiz weiter zerstört.

Ausschlafen, Sozialhilfe kassieren und Herumpöbeln – zunehmend die Lieblingsbeschäftigungen vieler Linker.



Beispiel Winterthur

Die Stadt wird immer unsicherer



Angela Strebel
Präsidentin der Jungen SVP Winterthur

Als junge Frau aus Winterthur muss ich ständig erkennen, dass diese Stadt einige Probleme hat. Probleme, nicht zuletzt wegen der rot-grünen Politik, die in Winterthur zu meinem Bedauern betrieben wird.

Eines der massivsten Probleme aus meiner Sicht ist die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Durch zahlreiche Gespräche mit den Menschen habe ich erkannt, dass sich viele um ihre eigene Sicherheit sorgen. Dieses Feedback habe ich vor allem von Frauen und älteren Menschen erhalten. Viele fühlen sich abends und in der Nacht auf den Strassen Winterthurs nicht mehr sicher. Es sind nicht irgendwelche, die in Winterthur Angst verbreiten, sondern sie stammen meistens aus dem Balkan, aus Afrika oder kommen aus der linksextremen Szene.

Durch die Jahre musste ich erkennen, dass die «rote» Stadtregierung diese Menschen teilweise fast noch schützt. Die Polizei wird in ihrer Arbeit blockiert, indem ihr nicht genügend Personal zur Verfügung gestellt wird. Vorfälle werden verharmlosend als «Ausnahmen» und «Einzelfälle» dargestellt.

Die Junge SVP Winterthur setzt sich für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger ein, indem sie eine stärkere Polizeipräsenz, ein regelmäßiges Durchführen der Polizeischule und ein strengeres Durchgreifen bei Gewalt und anderen kriminellen Taten fordert. Insgesamt gilt es, die Gesetze und Regeln konsequent durchzusetzen, auch gegenüber Minderheiten aus dem Balkan oder aus Afrika. Damit haben die rot-grünen Gutmenschen aber gewaltige Probleme. Deshalb braucht es in Winterthur mehr SVP.

Beispiel Bern

Schaff und erwirb, zahl Steuern und stirb!



Thomas Fuchs
3018 Bern
Grossrat und alt Stadtrat

14 Jahre rot-grüne Mehrheit in der Stadt Bern: DDR-Wohnbaupolitik, Sprayereien, Verkehrsschikanen, aufgehobene Parkplätze, Bussenterror, Krawall-Demos, Bettler, Drogendealer. Traditions- und Qualitätsgeschäfte schliessen, weil das Herz von Bern zunehmend zu einem dreckigen Museum wird. Baubewilligungen dauern Jahre, Anlieferungen werden zum Hürdenlauf, die Denkmalpflege ist übermächtig, das Gleichstellungsbüro allgegenwärtig. Immer mehr Gesetze, Vorschriften und Reglemente bescheren immer neue und höhere Abgaben und Gebühren (z. B. Kehrichtsackgebühr + 28,5 Prozent, Schmutzwasserverbrauch pro m³ + 29 Prozent, Wasserzähler-Grundgebühr + 100 Prozent). Regenabwasser-Versickerungsgebühr, Baumschutzpolizei, Tannenbaumgebühr, Teppichklopfgebühr, Abgabe für Totgeburten usw.

Immer mehr Stadtberner zahlen keine Steuern. Dafür steigt die Zahl der Fürsorgeempfänger, aber Sozialinspektoren will man keine. Wann verlegt die Stadtregierung ihren Sitz in die Berner Reitschule – es wäre ein symbolischer Akt? Eine letzte Hoffnung, bevor alle guten Steuerzahlenden das Weite suchen, bleibt: Wahltag ist Zahltag, aber es ist leider schon fünf vor zwölf. Gut möglich, dass der nächste Wahltag in der Stadt Bern zu spät kommt!

Beispiel Basel

Reiche vertreiben und Mittelstand vergessen

Der Moloch gilt als Synonym für ein gnadenloses, alles verschlingendes Monstrum. Nimmersatt und rücksichtslos frisst und vernichtet er alles, was sich in seine Nähe wagt. Schon in biblischen Zeiten war der Moloch als altpalästinensische Gottheit gefürchtet, der dem geplagten Erdenvolk im Feuer der Opfergaben selbst die leiblichen Kinder raubte. Gott sei Dank haben wir uns von solch barbarischen Gepflogenheiten zwischenzeitlich distanziert – sollte man wenigstens meinen.



Thomas de Courten, Rünenberg
Landrat SVP Baselland

Rot-grüner Staatsmoloch

Doch aufgepasst! Wer genau hinschaut und es auch sehen will, der merkt sehr rasch: Der Moloch ist auch heute noch putzmunter, höchst aktiv und gefräßig wie je zuvor: Nur kommt

er heute nicht mehr bärbeissig und donnergrollend daher. Auch seinen kommunistisch-stalinistischen Karl-Marx-Panzer hat er abgelegt. Nein, heute hat der Moloch ein rot-grünes Kleidchen an, hübsch und elegant. Fein rausgeputzt stolziert er durch die Gefilde und predigt unermüdlich altbekannte sozialistische Weltverbessererparolen, ökonomische Umverteilungsgerechtigkeit und notorischen Regulierungsaktivismus.

Besonders effektiv sind seine Auftritte offenbar in den «urbanen Zentren», unseren Städten. Rot-grün feiert der Moloch dort ausgelassen Wahlsiege – und bleibt einen glaubhaften Leistungsausweis dann meist schuldig. Dafür bläht er den Staatsapparat auf. Das Bildungswesen wird mit allerhand Akademikern sozialisiert. Das Familienleben und die Kindererziehung staatlich neu reguliert. Das Gesundheitswesen in allem Luxus immer teurer und unbezahlbarer. Die Sozialdienste für alle tatsäch-

lichen und angeblichen Randständigen ausgebaut. Der rot-grüne Moloch frisst und frisst. Die Reichen

werden derweil für ihn geschröpft und vertrieben. Die Armen dürfen nicht weniger werden, drum werden sie gehätschelt. Nur der Mittelstand, der geht immer vergessen. So geht es halt meistens mit denen, die als brave und anständige Bürger immer die Zeche der anderen zahlen.

Basler ziehen aufs Land

Einzig sinkende Arbeitslosenzahlen, rückläufige Asylgesuche und ähnliches Ungemach sind dem Moloch ein Gräuel. Wenn all der staatliche Hunger mal gestillt ist, müsste eigentlich selbst der Moloch wieder mal abspecken. Doch weil das unangenehm ist und einfach nicht sein darf, werden schleunigst neue Staatsaufgaben erfunden. Zum Beispiel Rauchverbote, neue Umweltabgaben, Verkehrsverhinderungsmassnahmen oder mehr Ge-

Beispiel Grenchen

Die rote Krawall- und Steuerhölle



Heinz Müller, Grenchen
Gemeindefürsprecher
Präsident SVP Kanton Solothurn

Die Stadt Grenchen wird seit 100 Jahren von linken Stadtpräsidenten regiert. Dieser Umstand war in den besten Zeiten der Uhrenindustrie wirtschaftlich zu verkraften. Denn damals ging es dem Volk und der Stadtkasse noch gut. Das Geld sprudelte quasi von alleine. Nachdem jedoch die Uhrenindustrie in den 70er Jahren zusammenbrach, wurden die Folgen der linken Stadtregierungen immer sichtbarer. Zunehmende Verschuldung, Abwanderung der guten Steuerzahler sowie steigende Steuersätze und Gebühren waren die Folgen einer aus dem Ruder laufenden Ausgabenpolitik. Das Geld wurde in Grenchen, trotz einer Krise, mit vollen Händen ausgegeben. Die totale Umverteilung nahm ihren Lauf.

Damit aber nicht genug. Grenchen wurde immer mehr zum Anziehungspunkt für Sozialhilfeempfänger aus anderen Gemeinden. Es hat sich sogar herumgesprochen, dass man in Grenchen schneller zu Sozialhilfe kommt als anderswo! Dieser Umstand zwang Grenchen jüngst dazu, so genannte «Sozialdetektive» zu engagieren. Die «roten» Regierungen haben es geschafft, die guten Steuerzahler zu vertreiben und die Stadt in ein Eldorado für Sozialhilfeempfänger und IV-Bezüger zu verwandeln. In Grenchen fühlen sich selbst Linksextreme wohl und werden geduldet, wie eine Demonstration Ende letzten Jahres mit massiven Sachbeschädigungen in der Stadt zeigte.

Die SVP Grenchen gibt es erst seit 1998. Es uns in den wenigen Jahren aber gelungen, die anderen bürgerlichen Parteien wachzurütteln, um die ruinöse Politik der Linken zu stoppen. Und das mit Erfolg. Nach Jahren in der Steuerhölle werden die Steuern aufgrund des wachsenden bürgerlichen Drucks demnächst zum zweiten Mal in Folge gesenkt. Das beweist: Bürgerliche Politik tut gut. Es braucht mehr bürgerliche Politik. Es braucht mehr SVP, auch in den Städten, selbst in kleinen Städten wie Grenchen.

© Klementiev - FOTOLIA



schwindigkeitskontrollen. Wohin das alles führen kann, erleben wir als Baselbieter in unmittelbarer Nachbarschaft, im Kanton Basel-Stadt. Dort hat sich der rot-grüne Moloch zwischenzeitlich so viel vom Staatsapparat einverleibt, dass ohne Einverständnis der Staatsbediensteten gar nichts mehr geht. Das Schreckgespenst vom gewerkschaftlich gesteuerten Beamtenmoloch ist dort Tatsache geworden. Und schon schiebt der rot-grüne Moloch gierig über die Kantonsgrenzen und will sich «partnerschaftlich» auch noch Rheinhäfen, kantonale Laboratorien, Fachhochschulen und mehr einverleiben.

Die Bürgerlichen haben die Stadt Basel in den vergangenen Jahren fast schon fluchtartig verlassen.

Fazit: Die Bevölkerungszahl der Stadt sinkt. Der Ausländeranteil jedoch steigt, und dies bei einer Rekordzahl an Einbürgerungen. Gemeinden im solothurnischen Schwarzbubenland, im Baselbiet oder im aargauischen Fricktal sind gesuchte und begehrte Wohndomizile bürgerlicher Basel-

Städter geworden. Der rot-grüne Filz wird übermächtig. Die Folgen dieser Entwicklung könnten für die Stadt Basel schon in wenigen Jahren verheerend sein.

Chance 2007

Der rot-grüne Moloch raubt uns tagtäglich ein Stück mehr Freiheit, Unabhängigkeit und Eigenverantwortung. Und hat er uns dann genügend eingeschüchtert, dann folgt der Beitritt zum noch grösseren Moloch – zur EU. Sei uns Basel-Stadt ein warnendes Beispiel. Freiheit, Unabhängigkeit und Eigenverantwortung sind Werte, die sich unsere Vorväter und -mütter noch hart von Monarchen und Molochen erkämpft haben. Lassen wir uns nicht von rot-grünen Deckmäntelchen blenden. Es ist höchste Zeit, dass wir uns wieder zur Wehr setzen. Vor allem als Vertreter des Mittelstandes, erst recht als unabhängige und freiheitsliebende Schweizer Bürger. Die Wahlen 2007 sind eine Chance, gegen den Moloch anzutreten und ihn zu bekämpfen. Packen wir sie.

Beispiel St. Gallen

Dem Gewerbe die Existenzgrundlage entzogen



Heini Seger
Präsident SVP Stadt St. Gallen

Die Stadt St. Gallen wurde in den letzten Jahrzehnten von einer Mitte-Links-Regierung verwaltet. Wie jede Regierung hinterlässt auch diese ihre Spuren. Die Auswirkungen widerspiegeln sich vor allem in der Abwanderung guter Steuerzahler und in einer desolaten Verkehrspolitik. Die Bevölkerungszahl der Stadt St. Gallen pendelte sich in den letzten Jahrzehnten bei ca. 70 000 Einwohnern ein. Der Verkehr hat aber stetig zugenommen. Die 35 000 Pendler (doppelt so viele wie 1980), die täglich aus der Agglomeration in die Stadt fahren, belegen diese Tendenz. Anstatt die guten Steuerzahler in der Stadt zu behalten und somit auch das Verkehrsproblem zu mindern, wurden am Laufmeter politische Fehlentscheidungen getroffen. Da wurden Parkplätze in der Innenstadt gleich reihenweise aufgehoben. Dafür wurden verschiedene erweiterte Blaue Zonen geschaffen. Der Durchgangsverkehr wurde kanalisiert. Dies in der Hoffnung, die Pendler und Besucher auf die öffentlichen Verkehrsmittel zu verdrängen. Natürlich ohne Erfolg. Es ist genau diese fehlgeschlagene Verkehrspolitik der letzten Jahrzehnte, welche dem städtischen Gewerbe den Kundenzustrom abgewürgt und ihm die Existenzgrundlage entzogen hat. Im Sinne einer in Zukunft funktionierenden Stadt St. Gallen ist dringend Handlungsbedarf angesagt. Es braucht mehr SVP.

STADLER
Cleverer Lösungen auf der Schiene

Damit Bahnfahren Spass macht.

Stadler Bussnang AG
CH-9565 Bussnang
Telefon +41 (0)71 626 20 20
E-Mail stadler.bussnang@stadlerail.ch
www.stadlerail.com



Mein Zuhause – unsere Schweiz

Wir haben in dieser Zeitung aufgezeigt, wie die rot-grüne Politik unser Land während den letzten 15 Jahren Schritt für Schritt kaputt gemacht hat. Seit 2003 stellen wir jedoch Besserung fest. Seit 2003 ist die SVP nämlich mit einer Doppelvertretung im Bundesrat. Seither wird offener diskutiert; auch heikle Themen wie Asyl- oder IV-Missbrauch sowie das Antirassismugesetz werden nicht mehr ausgeblendet. Der EU-Beitritt ist kein strategisches Ziel des Bundesrates mehr, die Staatsquote konnte stabilisiert werden. Die erleichterte Einbürgerung wurde abgelehnt und die Abstimmung zum Asyl- und Ausländergesetz ist das eindrucksvolle Resultat von 20 Jahren harter Arbeit der SVP im Kampf gegen Asylmissbrauch und illegale Einwanderung.

Das beweist, dass eine konsequent bürgerliche Politik unser Land und unsere Gesellschaft wieder auf den richtigen und erfolgreichen Weg zurückführen kann. Die SVP will den Kampf gegen Rot-Grün auch im Wahljahr entschlossen weiterführen – gegen jene politischen Kräfte, welche unser Land mit höheren Steuern, mehr Schulden, mehr Kriminalität

Parteipräsident, Nationalrat Ueli Maurer und der Wahlkampfleiter für die deutsche Schweiz, Nationalrat Toni Brunner (rechts), sowie Nationalrat Adrian Amstutz (links) präsentieren den Medien die neue SVP-Wahlplattform. Quadratisch, praktisch, gut!



© Paha_L - FOTOLIA

und mehr Missbräuchen verlottern lassen.

Deshalb will die SVP bei den Wahlen 2007 zusätzliche 100 000 neue Wähler gewinnen. Das bedeutet: **Jedes Parteimitglied muss bis im**

Oktober eine Wählerin oder einen Wähler, die bisher nicht an die Urne gegangen sind oder nicht für die SVP gestimmt haben, dazu bringen, SVP zu wählen.

Die SVP bietet Lösungen

Es geht bei den Wahlen 2007 also um eine Richtungsfrage: Soll eine bürgerliche oder eine rot-grüne Mehrheit unser Land führen? Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass Rot-Grün dazu nicht in der Lage ist. Die SVP hingegen kann das. **In der neuen Wahlplattform, dem Parteiprogramm der SVP für die Jahre 2007–2011, zeigen wir auf 84 Seiten Forderungen und Lösungsvorschläge für die 21 wichtigsten politischen Themen der Schweiz auf.** Die Wahlplattform trägt den Titel «Mein Zuhause – unsere Schweiz». Das Buch ist quadratisch, in der Form der Schweizer Fahne. Die Wahlplattform kann beim Generalsekretariat der SVP bestellt, im Buchhandel gekauft oder über Internet herunter geladen werden.

Bestellen bei:

Schweizerische Volkspartei
Generalsekretariat
Postfach 8252, 3001 Bern
E-Mail: info@svp.ch

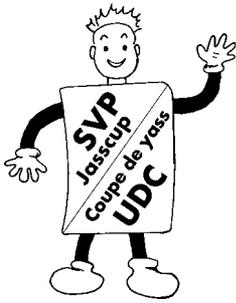
Download im Internet über:
www.svp.ch/file/wahlplattform07-11-d.pdf
Buchhandel ISBN-Nummer:
978-3-033-01090-1

Inserat

Bettenreinigung in einem Tag!

Decken und Kissen werden morgens abgeholt und in einem Tag aufgefrischt. Inhalt reinigen: Decken Fr. 25.–, Kissen Fr. 10.–. Neue Stoffe und Nachfüllung auf Wunsch. Nur 1a-Qualitäten, kein Lebendrupf! Neue Decken und Kissen, auch Spezialanfertigungen. Direktverkauf aus eigener Fabrikation.

Bettwaren Kloten
BETTFEDERNREINIGUNG
POTEMA®
MOBILE MATRATZENREINIGUNG
ZOLLINGER + CO. AG
• 8424 Embrach, Hardhofstrasse 15
Telefon 044 869 10 75
Samstags auf tel. Anmeldung
www.rafzerfeld.com
bettwaren@rafzerfeld.com



7. Nationaler SVP Jasscup mit der SVP-Fraktion sowie den Jassexperten Albert und Helen Hagenbacher, Humlikon



7. Nationaler SVP Jasscup
Samstag, 24. Februar 2007 in der Mehrzweckhalle Widi, Frutigen (BE)

Samstag, 24. Februar 2007 in der

Beginn 10.30 Uhr / Dauer bis ca. 16.00 Uhr
(Jasszettel-Ausgabe ab 09.00 Uhr)

Mehrzweckhalle Widi, Frutigen (BE)

Die Mehrzweckhalle befindet sich direkt beim Bahnhof und bietet genügend Parkplätze

Organisation

SVP-Amtsverband Frutigen unter der Leitung von Nationalrat Hansruedi Wandfluh, Frutigen (BE)

Modus

Schieber mit zugelostem Partner
(vier Passen à 12 Spiele, eine Streichpasse, gewertet 36 Spiele)

Kartenart

Französische und deutschschweizer Karten

Preise

Wanderpreis für die Siegerin oder den Sieger sowie eine Vielzahl von schönen und attraktiven Preisen
Mit zusätzlichem Schätzwettbewerb

Teilnahmegebühr

Fr. 30.- sind an der Eingangskasse zu bezahlen
Fr. 28.- Verpflegung (fakultativ):
Hauptgang, 1 Getränk, Dessert und Kaffee

Zu diesem gemütlichen Anlass sind alle SVP-Politiker, SVP-Mitglieder und SVP-Sympathisanten sowie alle Jassfreunde herzlich eingeladen. Auch „Nicht-Jasser“ sind selbstverständlich herzlich willkommen!

Aus organisatorischen Gründen bitten wir Sie, sich mit dem unten stehenden Talon anzumelden.

Anmeldetalon

Ich melde mich für den 7. Nationalen Jasscup an:

deutschschweizer Karten französische Karten egal

Name: Vorname:

Adresse:

PLZ: Ort:

Telefon: E-Mail oder Fax:

Talon einsenden an: Generalsekretariat SVP, Brückfeldstrasse 19, Postfach 8252, 3001 Bern
Telefon 031 300 58 58 - Fax 031 300 58 59 - Mail kuerschner@svp.ch

Nächste Termine

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort
26. Januar	Gem. Einladung	Sitzung des Leitenden Ausschusses Sitzung des Zentralvorstandes	Henniez VD
27. Januar	10.30 h	Delegiertenversammlung	Payerne VD
15. Februar	Gem. Einladung	Bundesratsparteiengespräche	Bern
16. Februar	Gem. Einladung	Von-Wattenwyl-Gespräche	Bern
23. Februar	Gem. Einladung	Sitzung des Fraktionsvorstandes Sitzung der SVP-Bundeshausfraktion	Frutigen BE
24. Februar	Gem. Einladung	Sitzung der SVP-Bundeshausfraktion	Frutigen BE
24. Februar	10.30 h	Jass-Cup	Frutigen BE



ELPEX AG
Bertholdstrasse 141 • 25340 Grenchen
Kirchbergstrasse 105 • 3401 Burgdorf
Tel. 034 426 20 00 • Fax 034 426 20 09
E-Mail: elpex@spectraweb.ch



Projektierung, Steuerungsbau, Software und Inbetriebnahme alles aus einer Hand - das ist von grossem Nutzen für die Kunden der ELPEX AG. Ausarbeitung der technischen Dokumentation auf modernen CAD/CAE Systemen und ein moderner Schaltschrankbau sind für uns selbstverständlich.

- ◆ **Projektierung**
- ◆ **Steuerungsbau**
- ◆ **Software**
- ◆ **Inbetriebnahme**
- ◆ **Betreuung**



Wir setzen unsere langjährige Erfahrung und unser technologisches Wissen für Sie ein. In der **Industrieautomation** sind wir in verschiedenen Bereichen tätig. Wir steuern die Automation in der Automobil-, Nahrungsmittel-, Papier- und in der Chemischen Industrie.



Visualisierungswünsche und Bedienansprüche werden von uns informativ und übersichtlich realisiert. Dabei arbeiten wir mit neusten Technologien. Testen Sie unsere Leistungsfähigkeit mit Ihrem nächsten Projekt.



Ihr Entsorgungsspezialist

- **Muldenservice**
- **Kehrrichtabfuhr**
- **Sortierwerk**
- **Abfallsammelstelle**



Tel. 044 929 11 47
8618 Oetwil am See

www.grimm.ch

Am 11. März 2007: NEIN zur Einheitskrankenkasse

Im Eilschritt zur Zweiklassenmedizin

Am 11. März 2007 stimmen wir über eine angeblich soziale Einheitskrankenkasse ab. Die Einführung der Einheitskasse wäre gleichbedeutend mit der Einführung der Staatsmedizin in der Schweiz. Neben fehlendem Wettbewerb, massiven Prämienanstiegen in Landkantonen, ungehemmter Umverteilung und Förderung der Zweiklassenmedizin gibt es weitere, schwerwiegende Nachteile. Wird die Einheitskrankenkasse vom Volk angenommen, steigen die Prämien für die meisten Versicherten in der Schweiz. Das ist keine Lösung. Deshalb Nein zur Einheitskasse.

Das Kostenbewusstsein der Prämienzahler würde mit der Staatskrankenkasse noch weiter geschwächt. Die bestehenden Schranken gegen die ungehemmte Konsumation medizinischer Leistungen würden dahinfallen. Unweigerlich müssten deshalb Globalbudgets erstellt werden. Diese würden die Umsetzung des medizinischen Fortschritts behindern und damit die Behandlungsqualität senken. Anstatt den Leistungskatalog einzudämmen und Leistungs- sowie Qualitätstransparenz zu schaffen, käme es aufgrund der Globalbudgets zu einem undifferenzierten Spardruck. Globalbudgets in Teilbereichen führen lediglich zu Kostenverlagerungen, nicht zu effektiven Einsparungen. Die administrative Umsetzung würde für die über 19000 Praxen in der Schweiz eine bürokratische und zentralistische Organisation erfordern.

Verabschiedung guter Ärzte aus der Grundversicherung

Das angestrebte System würde jegliche Sparanreize massiv schwächen und neue Probleme und medizinische Ungerechtigkeiten für die Patienten schaffen. Die heute bereits entstehende Zweiklassenmedizin würde durch eine Einheitskasse verschärft. Da jegliche Anreize zur Kosteneindämmung verloren gingen, würde die Monopolkasse unter Spardruck die Tarife drastisch senken. Viele gute Ärzte, namentlich im operativen Bereich, würden sich aus



Nationalrat Toni Bortoluzzi,
Affoltern a. A. (ZH)

der Grundversicherung abmelden und nur noch mit Privatversicherungen und mit Privatspitälern zusammenarbeiten. Patienten, die sich keine teure Zusatzversicherung leisten können, hätten keinen Zugang zu diesen Leistungen.

Einkommensabhängige Prämien zu Lasten des Mittelstandes

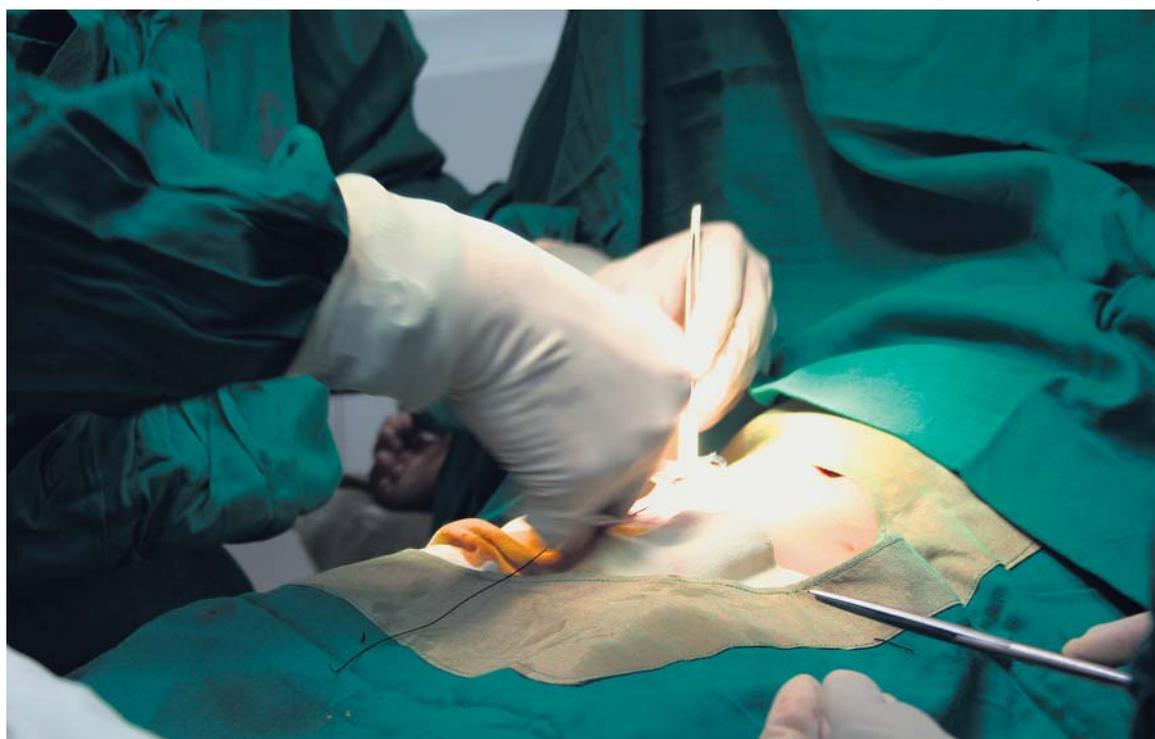
Bereits heute wird ein beträchtlicher Betrag an die Gesundheitsversorgung via Steuergelder finanziert. So setzt sich die Grundversicherung zu

60 Prozent aus Prämien und zu 40 Prozent aus Steuern zusammen. Die Belastung orientiert sich also schon heute an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Fixe Prozentsätze bei einkommensabhängigen Prämien hätten eine grotesk hohe Belastung der hohen Einkommen zur Folge. Dies würde zu einer totalen Desolidarisierung führen. Mit markanten Prämienanstiegen müssten die mittleren Einkommensschichten mit einem Bruttoeinkommen zwischen 80 000 und 120 000 Franken rechnen. Dies würde vor allem auch Familien treffen.

Einzige Lösung: NEIN zur Einheitskasse!

Das Schweizer Stimmvolk hat einer vergleichbaren Vorlage, welche die Abschaffung der einkommens- und vermögensunabhängigen Kopfprämie forderte, im Mai 2003 mit 73 Prozent Nein-Stimmen eine deutliche Abfuhr erteilt. Die vorliegende Initiative, die bei Annahme in erster Linie für die Patienten – und das sind wir alle gelegentlich –, aber auch für Ärzte und für den Mittelstand gravierende Folgen hätte, ist deshalb entschieden abzulehnen. **Wirkliche Entlastung bei den Krankenkassenprämien bringt erst die Prämiensenkungsinitiative der SVP, über die wir voraussichtlich im Jahr 2008 abstimmen können.**

© Lorelyn Medina - FOTOLIA



Patrick Freudiger, Stadtrat SVP, Langenthal

Islamische Machtsymbole

Die geplanten Minarettbauten in Wangen bei Olten (SO), Langenthal (BE) und Wil (SG) haben schweizweit für Aufsehen gesorgt. In der Bevölkerung regte sich massiver Widerstand. In Wangen unterzeichneten 380 Personen eine Einsprache gegen das Minarett. 3600 Personen unterschrieben eine Petition gegen den Minarettbau in Langenthal und über 6000 Personen eine weitere Petition gegen geplante Minarettbauten, die dem Regierungsrat des Kantons Bern übergeben wurde.

Das Minarett wird von der Bevölkerung zu Recht als ein Machtsymbol des Islams wahrgenommen. So sagte Tayyip Erdogan, heutiger türkischer Premierminister, damals als Oberbürgermeister von Istanbul «(...) Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind. Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten (...)»

Es ist damit mehr als fraglich, ob ein Minarettbau wirklich einen Ausfluss der in der Bundesverfassung als Grundrecht verbrieften Religionsfreiheit darstellt. Denn die Religionsfreiheit schützt die freie Wahl und Ausübung einer Religion. Zur Ausübung des islamischen Glaubens ist ein Minarett jedoch nicht nötig. Dieses wird vor allem errichtet, um Präsenz zu markieren. Für solche politisch-religiösen Demonstrationen sollte die Glaubensfreiheit aber keinen Schutz bieten.

Der Treffpunkt des türkisch-kulturellen Vereins in Wangen bei Olten. Auf dem Dach zu sehen ist das ausgesteckte Profil für den geplanten muslimischen Gebetsturm, das Minarett.



Die Zurückhaltung in der Bevölkerung gegenüber Machtsymbolen fremder Religionen ist verständlich; vor allem wenn es sich beim baugesuchstellenden Verein – wie in Wangen bei Olten – um einen Stützpunkt der grauen Wölfe, einer rechtsextremen türkischen Vereinigung, handelt.

Wer schliesslich gegenüber Machtsymbolen einer Religion, in deren

Namen weltweit Menschen unterdrückt und getötet werden, generell eine gewisse Zurückhaltung übt, handelt nicht rassistisch. Vielmehr liegt der Ball bei den Muslimen, allfällige unberechtigte Vorurteile zu entkräften, insbesondere wenn sie Ansprüche an eine Gemeinde stellen. Die Muslime haben sich unmissverständlich zu distanzieren von Gewalttaten im Namen des Islam sowie von den zu Gewalt auffordernden Versen im Koran selbst. Überdies haben sie vorbehaltlos unsere Grundrechte zu akzeptieren; also auch das Recht, Ansichten oder Religionen anderer zu kritisieren. Wenn Muslime aber an einer Demo

in Bern gegen die sarkastischen Mohammed-Karikaturen mit Transparenten wie «Religion kommt vor Medienfreiheit» aufmarschieren, zeugt dies von einem bedenklichen Verständnis unserer freiheitlichen Rechtsordnung gegenüber.

All diese Bedenken finden jedoch im normalen Baubewilligungsverfahren keinen Eingang. Denn das Baurecht berücksichtigt nur baurechtliche, nicht aber politische Einwände. Die muslimischen Glaubensgemeinschaften können daher ihre Forderungen ohne Rücksicht auf kommunale Anliegen in aller Sturheit durchpauken. Und das tun sie auch. Diese einseitigen Rechtsgrundlagen stellen die Gemeinden vor schwierige Situationen. Denn ein – baurechtlich zwar einwandfreier – Minarettbau kann den religiösen und sozialen Frieden ernstlich gefährden.

Die Minarettfrage muss deshalb in einem grösseren Zusammenhang gesamtschweizerisch diskutiert und angegangen werden. Es braucht eine Verfassungsänderung auf eidgenössischer Ebene, damit politische Bedenken gegen religiöse Machtsymbole wie Minarette nicht mehr ignoriert werden können.

Die Grauen Wölfe sind unter uns

Zuerst flatterten vor dem türkisch-kulturellen Treffpunkt in Wangen bei Olten, der landesweit durch den «Minarettstreit» bekannt wurde, drei Fahnen im Wind, die Gemeindefahne, die Schweizer und die türkische Flagge. Plötzlich wehte zwischen der Wangner und der Schweizer Fahne eine weitere. Darauf deutlich sichtbar: Der graue Wolf.

Graue Wölfe (türkisch: Bozkurtçular) ist die Bezeichnung für Mitglieder der rechtsextremen türkischen Partei der Nationalistischen Bewegung («Milliyetçi Hareket Partisi», MHP), 1961 durch Alparslan Türkeş gegründet. Ziel der Grauen Wölfe ist eine sich vom Balkan über Zentralasien bis in die Volksrepublik China erstreckende Nation, die alle Turkvölker vereint. Ein Thema der Grauen Wölfe ist der Kurdenkonflikt.

Der Dienst für Analyse und Prävention des Bundesamtes für Polizei schreibt über die Grauen Wölfe: (Zitat) «Der türkisch-kulturelle Verein der Gemeinde Wangen ist Mitglied der «Föderation der Türkisch-Idealistischen Islamvereine der Schweiz», kurz «Türkische Föderation Schweiz» ITF. Dieser Föderation, die seit 1978 besteht, gehören in der Deutschschweiz mindestens neun weitere Vereine an (Aarau, Basel, Bern, Heerburg, St. Gallen, Uster, Wil, Winterthur und Zürich). Es handelt sich bei der ITF, und somit auch beim Wangner Verein, um Vertreter der rechtsextremistischen Organisation der türkischen «Idealisten», die nach ihrem Wappentier auch «Graue Wölfe» genannt werden.» (Ende Zitat)

Minarett-Moratorium



Erich Huber ist 56 Jahre alt, stammt aus Bayern, war Pfarrer in Berlin-Kreuzberg und ist seit 1984 evangelisch-reformierter Pfarrer in Wangen bei Olten.

Herr Pfarrer Huber, Sie haben seit der Diskussion über das Minarett in Wangen bei Olten fast schon nationale Berühmtheit erlangt. Es gab fast keine Fernseh- oder Radiodiskussionen über Minarette ohne Pfarrer Huber. Hat Ihr Engagement gegen Minarette etwas gebracht?

Ja, es hat eine offene Diskussion über Sinn und Zweck von Minaretten möglich gemacht. Ein parteipolitisch ungebundener Pfarrer hat den Mut aufgebracht, ein heisses Eisen in einer schwierigen geopolitischen Zeit anzupacken. Das hat vielen Menschen Mut gemacht, jenseits von Schlagworten pro und kontra abzuwägen.

Warum braucht Wangen ein Minarett?

In Wangen wünscht sich kaum einer ein Minarett, weder die Einwohnergemeinde noch die Kirchgemeinden. Die Gesuchsteller haben sich nicht die Mühe gemacht, die Wangner Bevölkerung für sich zu gewinnen und ihr eine plausible Erklärung für ihr Baugesuch zu liefern.

War der türkisch-kulturelle Treffpunkt vor dem Minarettstreit in Wangen überhaupt ein Thema in der Bevölkerung?

Der türkisch-kulturelle Verein Olten hat sich in Wangen eine Liegenschaft gekauft, ein Vereinslokal gegründet, von der Öffentlichkeit unbemerkt Gebetsräume eingerichtet

und dann nach drei Jahren, in denen keiner vom anderen Notiz genommen hatte, ein Baugesuch für ein Minarett eingereicht.

Warum schiessen Baugesuche für Minarette wie Pilze aus dem Boden?

Ich denke, ein Verein hat angefangen, nun wollen andere nachziehen. Da die Moscheevereine untereinander durchaus auch in Konkurrenz stehen, will vermutlich keiner zurückstehen. Auf der anderen Seite haben viele Moscheevereine gegenwärtig für Minarettpläne gar nichts übrig. Sie merken, dass sie damit unnötig einen Teil der einheimischen Bevölkerung provozieren.

Was passierte nach Bekanntwerden des Bauvorhabens mit der Wangner Bevölkerung?

Ein Teil der Wangner Bevölkerung fühlte sich zunächst einmal überfordert und schimpfte. Einige Wangner rund um SVP-Mann Roland Kissling organisierten eine Unterschriftensammlung. Anwohner beschwerten sich. Die gemeindlichen und kirchlichen Behörden meldeten ihren Widerspruch an. Innert zehn Tagen musste Beschwerde eingereicht werden. In kurzer Zeit unterschrieben ca. 370 Personen, darunter zahlreiche Einwohner mit ausländischen Wurzeln.

Warum reagieren die Menschen, die kaum mehr jeden Sonntag zur Kirche gehen, derart heftig auf den Bau von Minaretten?

Für mich ist es immer wieder ein Phänomen, wie religiöse Fragen in einer sonst so säkularen Gesellschaft urplötzlich Bedeutung erhalten. Offenbar soll in Wangen und anderswo die Kirche im Dorf bleiben. Die Menschen sind zwar überzeugt dafür, dass auch Andersgläubige ihre Religion frei ausüben können. Andererseits empfinden sie ein Minarett nach all dem, was seit dem 11. September 2001 gelaufen ist, aber als ein Symbol, das die bedrohliche Seite

des Islam ausdrückt. Die Freiheit in Lebens- und Glaubensfragen, die sie sich in der Vergangenheit auch gegen die Kirche erkämpft haben, möchten sie nicht durch eine sich teilweise aggressiv gebärdende Religion eingeschränkt sehen.

Wird mit dem Verbot eines Minaretts die Religionsfreiheit (Kultusartikel) wirklich verletzt?

Religionsfreiheit darf nicht zum Totschlagargument gegen jeden kritischen Einwand gegen ein Minarett verwendet werden. In Wangen haben sich kritische Einwände als berechtigt erwiesen und sollten ernst genommen werden. Im Übrigen muss sich Religionsfreiheit an die Spielregeln der Verfassung halten. Eine absolute Religionsfreiheit, die die menschlichen Grundrechte wie Gleichbehandlung vor dem Gesetz, Religionsfreiheit auch Andersgläubiger etc. verletzt, darf es nicht geben. Wenn ein Minarett eher zum Symbol für Unterdrückung von Freiheit wird als zu einem Symbol für Freiheit, darf man ruhigen Gewissens dagegen sein.

Wie können sich betroffene Menschen Ihrer Meinung nach gegen Minarette wehren?

Es sollte auf breiter Front auf ein Moratorium in dieser heftig umstrittenen Frage hingearbeitet werden. Mit einer Polarisierung ist niemandem gedient. Parteien, Kirchen und auch die islamischen Vereine sollten darüber miteinander reden,

was gegenwärtig im Hinblick auf eine Integration der Bevölkerung aus islamisch geprägten Ländern wirklich wichtig ist und was nur Unfrieden stiftet.

Es gibt Kreise, die der Kirche bei der «Minarett-Frage» eine zu grosse Passivität vorwerfen. Sind Sie als Pfarrer der letzte Mohikaner im Kampf gegen Minarette?

Sicher nicht. Ich bin kein Don Quichotte im einsamen Kampf gegen Windmühlen. Meine Kirchgemeinde unterstützt mich, Kollegen pflichten mir bei. Bischof Koch und auch ein Teil der reformierten Amtsträger argumentieren eben sehr stark mit der Religionsfreiheit. Sicher ist sie ein hohes Gut. Aber es muss auch genau hingeschaut werden, ob die Berufung auf die Religionsfreiheit nicht etwa für politische Zwecke missbraucht wird. Die reformierte Kirche befindet sich meiner Meinung nach im Meinungsbildungsprozess. Naturgemäss geht es bei den Reformierten wegen ihrem Aufbau von unten nach oben etwas länger mit Entscheiden. Wichtig ist, dass die reformierte Kirche sachlich fundierte Beiträge zur Debatte beisteuert. Das versuche ich seit 1½ Jahren.

Wie geht es weiter in Wangen?

Das Beste wäre nach wie vor, der türkisch-kulturelle Verein würde von sich aus auf den Bau seines Minaretts verzichten und die Integrationsangebote der Gemeinde Wangen annehmen. Dann könnte man vielleicht noch etwas Vernünftigeres tun, als die Gerichte zu beschäftigen.

**Hotel
Alpenblick
Fieschertal**

Wellness-Hallenbad-Sauna
Aromadampfbad-Whirlpool

Fam. Holzer Fabian 3984 Fieschertal
Tel. 0279701660 Fax. 0279701665
www.hotelalpenblick.ch
alpenblick@rhone.ch

ALETSCH Brig-Wallis-Schweiz **GOMS** WALLIS VALAIS

Gutschein

Zeigen Sie diesen Gutschein und übernachten Sie im DZ zum SVP-Spezialpreis von:

Fr. 50.-
pro Person/Nacht

- Übernachtung mit Frühstücksbüffet
- Benützung von Hallenbad, Sauna, Aromadampfbad und Tiefgarage

(Weihnacht- und Silvesterwoche ausgenommen)



- Expl. Rucksack robust und praktisch, für Sie und Ihn! Fr. 25.–
- Expl. Seidenfoulard Stilvoll und diskret für die Partei werben! Fr. 79.–
- Expl. Sitzungsmappe schwarzes Kunstleder, A4, diskrete Logo-Prägung Fr. 49.–
- Expl. Pin ab 10 Stück Fr. 6.–/Stück Fr. 7.–
- Expl. Poloshirt dunkelblau weiss / Grösse (S, M, L) Fr. 40.–
- Expl. Post-it Block à 50 Blatt Fr. 2.–
- Expl. Offiziersmesser Original-Victorinox Fr. 20.–
- Expl. Kleber Bogen à 35 Kleber Fr. 6.–
- Expl. Jass französisch Deutschschweizer Fr. 3.–
- Expl. Ballone Sack à 50 Stück Fr. 40.–
- Expl. Kugelschreiber Fr. 2.50

Name

Vorname

Adresse

PLZ/Ort

Telefon

Mail

Ort

Datum

Unterschrift

Bitte Talon einsenden an:
 Generalsekretariat SVP, Postfach 8252, 3001 Bern
 per Fax an 031 300 58 59 oder Mail gs@svp.ch

Online-Bestellung auf www.svp.ch

AR: neuer SVP-Präsident

Als SVP-Fraktionschef hat sich Edgar Bischof (Teufen) im Ausserrhoder Kantonsrat einen Namen gemacht. Nun ist er nach dem Rücktritt von alt Nationalrat Köbi Freund als kantonaler Parteipräsident an die Spitze der Kantonalpartei aufgerückt. Der 38-jährige Kantonsrat ist Geschäftsführer der Glas Trösch AG und ist verheiratet. Die SVP Schweiz gratuliert dem jungen Kantonalpräsidenten zu seinem verantwortungsvollen Amt und wünscht ihm Freude, Glück und Erfolg bei seiner Tätigkeit.

VD: Guy Parmelin für Ständerat nominiert

Die SVP des Kantons Waadt tritt im Oktober zu den Ständeratswahlen an: Guy Parmelin, Nationalrat und Bauer aus Bursins (VD), heisst der Kandidat der Waadtländer Partei. Parmelin ist Mitglied der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates und hat die SVP des Kantons Waadt vor seiner Wahl zum Nationalrat mehrere Jahre präsidiert. Die Chancen der SVP sind durchaus intakt, nachdem die Partei im Oktober 2003 ihre Deputation von 2 auf 4 Nationalratssitze erhöht hat.

Leserreaktion auf Artikel «37 Prozent der Täter kommt aus dem Balkan», in SVP-Klartext 12/2006

Von der unerträglichen Verdrängung

Endlich wird die durch die Mitte-Links-Parteien verursachte, verdrängte und nicht verantwortete Balkangewalt thematisiert. Wer es in den vergangenen Jahren wagte, das Thema aufzugreifen, wurde mit dem Stigma des Ausländerhassers gebrandmarkt. Das ist nun vorbei. Die Fakten sind so brutal, dass selbst Gutmenschen die Verdrängung nicht mehr aufrechterhalten können und nun das Realproblem «Balkangewalt» zu intellektualisieren versuchen, indem man es in «Integrationsproblem» umbenennt. Rationalisierung nennt man diesen Verdrängungsmechanismus; Freud lässt grüssen. Kommentar meiner spanischen Schwiegermutter, die mit Familie über 30 Jahre in der Schweiz lebte: «Fuera!» («Raus damit!»). Sie und die grosse Mehrheit der AusländerInnen verstehen nicht, weshalb wir einen solchen Zustand seit Jahren zulassen. Zwei Punkte fehlten leider im Artikel:

1. Die extrem hohen Ausländeranteile in bestimmten Deliktgruppen. Ein Beispiel: Tötlichkeit, 65% Ausländer! (Kinder und Jugendstrafurteile 2003, BFS).
2. Welche PolitikerInnen (Namen!) haben die unkontrollierte Zuwanderung aus dem Balkan zu verantworten, das damit importierte Gewaltproblem verursacht und danach jahrelang zulasten von Freiheit und Sicherheit verdrängt?

Walter Brun, Dulliken

Ihr Inserat in «SVP-Klartext»

«SVP-Klartext» ist die Zeitung für den Mittelstand. Sie erscheint monatlich in einer Auflage von 55 000 Exemplaren. **Ab nur 140 Franken** sind Sie mit einem Inserat dabei. Auf Wunsch vierfarbig. Neu sogar ohne Farbzuschläge. Interessiert? Weitere Auskünfte erhalten Sie über Telefon 031 300 58 58 oder E-Mail klartext@svp.ch.

Nationalrat Bruno Zuppiger, Hinwil (ZH)

Tiefere Steuern dank Wettbewerb

Der kantonale Steuerwettbewerb in der Schweiz steht derzeit unter Beschuss – sowohl von innen als auch von aussen: Während die Linke hierzulande von Steuergeschenken und von ruinösem Steuerdumping spricht, wird auch international Druck auf die Steuerhoheit der Kantone ausgeübt. Tatsache aber ist, dass ein gesunder Steuerwettbewerb zu tieferen Steuern, zu mehr Effizienz in der Staatstätigkeit und schliesslich zu einem stärkeren volkswirtschaftlichen Nutzen für unser Land führt.

In Art. 3 und 49 der Bundesverfassung wird die kantonale Steuerhoheit gewährleistet. Die Kantone sind grundsätzlich frei, ihre Steuertarife, die Steuersätze und die Steuerfreibeträge zu bestimmen. Aufgrund freier Wohn- und Standortwahl von Privatpersonen und Unternehmen haben die Kantone deshalb einen Anreiz, ihre Steuern tief zu halten, zumal eine geringe Steuerbelastung – insbesondere für begüterte und damit gute Steuerzahler – bei der Wahl des Standortes eine wichtige Rolle spielt. Diese von der Verfassung zugelassene Konkurrenz animiert die Kantone schliesslich, den Standort für Bürger und Unternehmen attraktiv zu halten.

Positive Auswirkungen des Steuerwettbewerbs

Die Schweiz ist mit dieser wichtigsten Ausprägung des Föderalismus stets gut gefahren. Die dezentralen Steuerkompetenzen, zusammen mit den direkten Volksrechten, haben der Schweiz ein mildes Steuerklima erhalten. Kantone mit tiefen Steuerquoten konnten in den letzten zehn Jahren eine höhere Wachstumsrate des Volkseinkommens verzeichnen als Kantone mit einer höheren Steuerbelastung. Behörden werden gezwungen, sorgsam und haushälterisch mit den Mitteln der Steuerzahler



umzugehen. Die staatlichen Leistungen werden möglichst günstig und effizient erbracht und die Innovation wird gefördert. Steuerwettbewerb ist somit auch ein guter Gradmesser des Erfolgs von Behörden und Verwaltung.

Kein «race to the bottom»

Mit dem Volksentscheid der Obwaldner Kantonsbürger im November 2005 zur Einführung einer degressiven Steuerskala für reiche Leute haben die Kritiken gegenüber dem Steuerwettbewerb wieder zugenommen. Die Linken monieren, der Steuerwettbewerb gefährde den Zusammenhalt der Schweiz und vernichte die direkte Demokratie. Der verstärkte Steuerwettbewerb führe dazu, dass staatliche Leistungen nicht mehr erbracht werden könnten; der Staat werde in den Ruin getrieben. Falsch! Gerade der Steuerwettbewerb führt dazu, dass Kantone und Gemeinden eine gute Infrastruktur zur Verfügung stellen müssen, um ihre Steuerzahler zu halten und neue anzulocken. Trotz Steuerwettbewerb ist die Abgabenlast in der Schweiz in

den letzten Jahren gestiegen. Es ist deshalb falsch, zu glauben, die Schweiz sei im internationalen Vergleich immer noch ein steuergünstiges Land. Rechnet man sämtliche Verpflichtungen, die der Staat dem Bürger auferlegt (also auch KVG, BVG, ALV, etc.), liegt die Fiskalbelastung der Schweiz über dem EU-Durchschnitt und rechtfertigt deshalb keineswegs die Behauptung, der Staat werde ausgehöhlt. Im Weiteren wird auch mit dem Finanzausgleich und dem Bundesgesetz über die Harmonisierung der Steuern ein exzessiver Steuerwettbewerb verhindert.

Kantonale Steuerhoheit unbedingt erhalten

Bei der innenpolitischen Diskussion wird immer wieder vergessen, dass die Erwartungen potentieller, internationaler Investoren an einen Unternehmensstandort – namentlich im steuerlichen Bereich – massiv gestiegen sind. Dennoch zeigen Vergleiche, dass die Schweizer Kantone dank Steuerwettbewerb im internationalen

Wettbewerb teilweise ganz vorne mithalten können. Druckversuche von Seiten der OECD und aktuell von der EU bestätigen dies nur allzu deutlich. Zu Recht ist die Steuersouveränität der Kantone für den Bundesrat nicht verhandelbar. Es kann ja wohl nicht angehen, dass Brüssel die Steuertarife für die Schweiz festsetzt.

Steuerharmonisierungen verhindern internationale Wettbewerbsfähigkeit

Umso unverständlicher ist es, wenn die kantonale Steuerhoheit im eigenen Lande unter die Räder gerät, und insbesondere Steuerabkommen für Unternehmungen und reiche Ausländer harmonisiert werden sollen. Mit Pauschalbesteuerungen wird nämlich weder eine bestimmte Gruppe von Steuerzahlern bevorzugt noch das Gleichheits- und das Leistungsfähigkeitsprinzip verletzt. Die höheren Einkommen bezahlen trotz günstigeren Steuersätzen im Verhältnis mehr Steuern als tiefere Einkommen. Ausserdem bezahlen sie Konsumsteuern und tätigen teilweise beträchtliche Investitionen, was indirekt wiederum zu Steuereinnahmen führt. Davon profitieren alle Bevölkerungsschichten. Steuerharmonisierungen, wie sie die Linken nun mittels Volksinitiative durchsetzen wollen, würden den Wirtschaftsstandort Schweiz sowie die Steuerhoheit der Kantone leichtfertig aufs Spiel setzen. Daher wird die SVP diese sozialistischen Allüren aufs Schärfste bekämpfen. Tiefe Steuern, Abgaben und Gebühren muss das Motto einer vernünftigen, bürger-nahen Fiskalpolitik heissen.

© sunfleps - FOTOLIA



ZUPPIGER & PARTNER

Wirtschafts- und Unternehmensberatung

Schweizergasse 14, Postfach 1013, 8021 Zürich
 Telefon 044 226 15 15, Fax 044 226 15 25
 E-Mail: info@zuppigerpartner.ch
 www.zuppigerpartner.ch

Büro Hinwil:
 Bruno Zuppiger
 Rebhaldenstrasse 10, 8340 Hinwil
 Telefon 044 937 34 57
 Fax 044 977 23 90

- Beratung für Klein- und Mittelbetriebe
- Kaderselektion und Personalvermittlung
- Treuhandwesen (Finanz- und Rechnungswesen, Buchhaltungen usw.)
- Beratung in Rechts-, Finanz- und Verwaltungsfragen
- Immobilien-Management und Immobilienverwaltung

WAHL- FREIHEIT AUFGEBEN?

**NEIN
DANKE!**

11. März 2007

